

## Claudia Landwehr Der erschöpfte Bürger

### Depression und Demokratie

In einer beeindruckenden Zeitdiagnose mit dem Titel *Das erschöpfte Selbst* hat Alain Ehrenberg kürzlich die Depression als „die Krankheit par excellence des demokratischen Menschen“ dargestellt (Ehrenberg 2004). Sie sei die Erkrankung eines Zeitalters, dessen Normativität nicht mehr auf Verbot, Gehorsam und Disziplin, sondern auf individuelle Initiative, auf Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit gerichtet ist. Während der Neurotiker unter einer (in einem überstrengen Über-Ich verkörperten) Zivilisation litt, die seine Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten beschnitt, leidet der Depressive an der Tatsache, *nur* er selbst zu sein und den im Ich-Ideal verkörperten vermeintlichen Möglichkeiten nicht zu genügen: „Die Angst davor, man selbst zu sein, wird zur Erschöpfung davon, man selbst zu sein“ (ebd.: 158). Die psychische Erkrankung werde dabei nicht mehr, wie zu den Zeiten der Dominanz der Psychoanalyse, als Ausdruck eines unbewussten Konfliktes verstanden, sondern als Defizit. Wie beim Diabetiker den Insulinmangel, gelte es nun scheinbar auch beim Depressiven das Defizit zu beheben, dem Kranken die Fähigkeit zum Handeln zurückzugeben. Dies komme, so Ehrenberg, zum einen in der verstärkten Anwendung von Antidepressiva und Verhaltenstherapien zum Aus-

druck, welche in erster Linie darauf zielen, Funktionsfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen. Zum anderen ist es die Zielsetzung ‚aktivierender‘ Sozialpolitik, die den Einzelnen zum Unternehmer seiner selbst zu machen versucht, wofür das Unwort „Ich-AG“ nur ein besonders frappierendes Beispiel ist. Der Unternehmenschef werde zum allgemeinverbindlichen Modell des Handelns, von individuellem unternehmerischem Handeln werde eine Antwort auf die Krise staatlichen Handelns erwartet (ebd.: 220). Gelingen es, dem Kranken einen Willen und damit Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit zurückzugeben, so scheine die Suche nach den Ursachen des Leidens verzichtbar, die Heilung bereits erfolgt oder nicht mehr notwendig.

#### Die politische Dimension der Depression

Betrachtet man die zwei entscheidenden Symptome der Depression – der fehlende Wille und die Unfähigkeit, Freude zu empfinden –, so wird deutlich, dass das Phänomen auch aus demokratietheoretischer Sicht von großer Brisanz sein muss. Der individuelle politische Wille und der durch politische Entscheidungen vom Subjekt erfahrene Nutzen sind zentrale Bezugspunkte zeitgenössischer Demokratiethe-

theorie. Die Verbindung zwischen Willen und Nutzen ist wesentlicher Bestandteil eines Rationalitätsbegriffs, der für die Rechtfertigung der liberalen Institutionen, der bürgerlichen Freiheitsrechte und der Demokratie entscheidend ist. Die fehlende Kompetenz zur angemessenen Rückbindung des Willens an den Nutzen rechtfertigt, etwa bei Kindern, geistig Behinderten oder Dementen, den Vorenthalt freiheitlicher und politischer Rechte. Der Nutzen oder das Interesse des Betroffenen wird dann objektiviert und seine Umsetzung paternalistisch Stellvertretern übertragen. Fehlt dem Subjekt nun keineswegs der Verstand, sondern der Wille und damit die Fähigkeit, zu handeln und Entscheidungen zu treffen, so hört es scheinbar auf, Subjekt, und damit auch politisches Subjekt, zu sein.<sup>1</sup> Der willenlose Depressive kann schwerlich zum Mitautor politisch gesetzter Normen werden; ohne den individuellen Willen sind weder individuelle noch kollektive Autonomie möglich. Scheitert die Legitimation politischer Entscheidungen auf der Input-Seite am fehlenden Willen des Depressiven, so bringt dessen Unfähigkeit zum Glück auch die Output-Legitimation an ihre Grenzen. Wer nicht *fähig* ist, Glück zu empfinden oder sich auch nur vorzustellen, was ihn glücklich machen könnte, kann durch politische Entscheidungen keinen Nutzen erfahren und sie durch diesen auch nicht im Nachhinein legitimieren. Jeder Versuch, Nutzen (oder Interesse) des Individuums unabhängig von in irgendeiner Weise positiven oder zustimmenden Einstellungen desselben zu definieren, führt zu einer Objektivierung des Nutzenbegriffs, die zwangsläufig paternalistisch ist. Was also bedeutet es für die Demokratietheorie, wenn der Wille und der Nutzen, oder zumindest eines von beiden, dem Bürger abhanden kommen?

Die beiden Symptome der Depression stehen in einer kausalen Wechselwirkung, die auch für die Demokratie zentral ist. Auf der einen Seite folgt der fehlende Wille aus der Unfähigkeit zum Glück: wenn es nichts gibt, was mich glücklich machen oder mir nützen

könnte, warum sollte ich dann etwas wollen? In einer anderen und tiefergehenden Hinsicht folgt die Unfähigkeit zum Glück jedoch zugleich aus dem fehlenden Willen. Was dem Depressiven fehlt, ist das Selbst-Sein, und zwar sowohl die Fähigkeit hierzu als auch die Freude daran. Die Freude am Selbst-Sein, aus der der freie Wille entspringt, ist genau das, was die aktuelle gesellschaftliche Normativität und der Kranke von sich selbst verlangen (Ehrenberg 2004). Politisch gewendet bedeutet dies, dass einer Autonomie, die nicht mehr an irgendeine Form von Nutzen (der keineswegs egoistisch definiert sein muss) rückgekoppelt ist, der Boden entzogen ist: Handeln und Entscheiden wird dann willkürlich bzw. zum Selbstzweck. Umgekehrt reduziert ein Nutzen, dem kein Wille zugrunde liegt und der nicht als Handlungserfolg verstanden werden kann, auch das politische Subjekt zum Objekt und entzieht ihm mit der Freiheit die Grundvoraussetzung politischen Handelns.

Nun mag man die Relevanz dieser Probleme durch die Tatsache reduziert sehen, dass, auch wenn die absolute Zahl der diagnostizierten Fälle zunimmt, der relative Anteil dauerhaft klinisch Depressiver an der Gesamtbevölkerung gering ist. Auch muss der Zunahme der Diagnose ‚Depression‘ nicht zwangsläufig ein wachsendes empirisches Problem entsprechen – so liegt nahe, dass sich zugleich die Wahrnehmung und Deutung derselben Phänomene gewandelt haben.<sup>2</sup> Nichtsdestotrotz ist die Ehrenbergsche These, dass die wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an Initiative und Handlungsfähigkeit dem depressiven Konflikt Nahrung geben, von großer Plausibilität und von einer über die pathologischen Fälle hinausreichenden Relevanz. Ehrenbergs psychoanalytischer Sichtweise folgend ist der depressive Konflikt notwendiger Bestandteil *jeder* Persönlichkeit, und erst die Verdrängung und unzureichende Bewältigung des Konflikts führt in die Krankheit. Niemand weiß immer und mit Sicherheit, was er will. Jede Entscheidung, auch die politische, ist mit Verzicht auf

mögliche Gewinne und Verlust von Handlungsspielraum verbunden, und kann zum Leiden an der Unzulänglichkeit führen. Umgekehrt stehen der Wille und die Entscheidung nicht immer und notwendig in direktem Bezug zum individuellen Nutzen. Kollektive Entscheidung müssen und können insofern nicht immer und für jeden Einzelnen nutzenrelevant sein. Wenn nun Ehrenberg die Depression als *die* Krankheit des demokratischen Menschen auffasst und die Depression zugleich zu einer Krankheit *der* Demokratie wird, so stellt sich im Anschluss an Ehrenbergs Diagnose die Frage, ob und wie die Demokratietheorie das Problem der Depression fassen kann, mit großer Dringlichkeit.

#### Depression und moderne Demokratietheorie

Für ökonomische Demokratiemodelle stellt der fehlende Wille auf der Input-Seite eine zentrale Grundannahme in Frage: diejenige vollständiger Präferenzordnungen über alternative Weltzustände. Die zunächst rein analytische Annahme stabiler und sozialer Prozessen exogener politischer Präferenzen gewinnt in der demokratietheoretischen Wendung eben die Normativität, die Ehrenberg für die Zunahme depressiver Erkrankungen verantwortlich macht. Der Forderung und der Wunsch, mit sich selbst identisch, zu sein, der Idee, den inneren Konflikt widerstreitender und inkommensurabler Wünsche und Werte zu überwinden und als Selbst zu fusionieren, entsprechen ökonomische Entscheidungsmodelle. Handlungsgründe werden hier schlicht als Güter aufgefasst, deren relativer Wert sich in Indifferenzkurven darstellen lässt: fünf Einheiten von Gut A plus eine von Gut B entsprechen vier von A plus drei von B und so weiter. Es ist kein Zufall, dass diese formalisierten Modelle, die Akteure durch jeweils eine einzige Nutzenfunktion darstellen, nicht selten mit einem mehr oder weniger expliziten Biologismus verbunden sind. Siegwart Lindenberg und Bruno Frey etwa versuchen,

alle Handlungsmotivation auf die Triebe zu Selbsterhalt (physisches Wohlbefinden) und Fortpflanzung (Macht, Status) zurückzuführen (Lindenberg/Frey 1993: 195f.), ihr Bezugspunkt ist die „Natur des Menschen“. Evolutionistische Argumentationen untermauern die Annahme, dass jeder das eine tun will und soll, welches seine Überlebenschancen im jeweiligen Spiel maximiert und dass dieses eindeutig zu definieren sei.

Deliberative Demokratietheorien gehen mit dem Problem des unbestimmten oder gespaltenen Willens anders um. Sie bestreiten die Stabilität politischer Präferenzen auf der empirischen Ebene und fordern normativ ihre diskursive Transformation. Das mit der deliberativen Entscheidungsfindung verbundene Versprechen ist ein doppeltes. Zum einen soll der Diskurs, wenn auch nur im kontrafaktischen Ideal, einen Konsens, d.h. einen einheitlichen, fusionierten Willen des Kollektivs ermöglichen. Zum anderen soll er epistemischen und moralischen Fortschritt produzieren und die Entscheidung so zu einer rationalen, zu der ‚richtigen‘ Entscheidung machen. Dieser zweite Anspruch scheint dabei zunehmend in den Mittelpunkt der Theorie gerückt zu sein. Die deliberative wird immer mehr zur epistemischen Demokratietheorie, die den politischen Willen auf Überzeugungen reduziert. Das Präferenzmodell der Demokratie, so schreibt David Estlund in einem frühen und maßgeblichen Artikel, scheitert an Kenneth Arrows Unmöglichkeitstheorem, das epistemische Modell hingegen finde in Condorcets Jury Theorem seine Rechtfertigung (Estlund 1990). Wenn es nun nicht mehr der individuelle Wille bzw. sein Ausdruck ist, der den Input zu demokratischen Entscheidungen ausmacht, sondern allein das rationale Urteil, so stellt der Verlust des Willens kein Hindernis für rationale Entscheidungen dar, sondern ist im Gegenteil geradezu eine Voraussetzung hierfür. Dass sich aus der Repräsentation der Welt weder individuell noch kollektiv ein Wille oder eine Handlungsaufforderung ablei-

ten lässt, scheint zumindest für die epistemische Variante der deliberativen Demokratietheorie aus dem Blick geraten zu sein.

Auch auf der Output-Seite scheint das Phänomen der Depression für ökonomische Demokratietheorien ein größeres Problem darzustellen als für deliberative. Die Wohlfahrtsökonomie kann Nutzenfunktionen auf unterschiedliche Weise füllen. Altruisten oder Masochisten stellen für sie keine Unmöglichkeit dar. Das Subjekt ohne Nutzen jedoch, der Depressive, existiert im ökonomischen Sinne schlichtweg nicht. Im deliberativen Modell ist der fehlende Nutzen zunächst offenbar weniger problematisch. Die Theorie setzt im Gegenteil sogar darauf, dass der Einzelne zugunsten des Gemeinwohls (oder des moralisch Richtigen) auf individuelle Nutzenvorteile verzichtet. Wenn nun aber der fehlende Nutzen weniger auf freiwilligem Verzicht als auf einem verbreiteten Defizit beruht, so lässt sich das Gemeinwohl in Unabhängigkeit vom individuellen Wohl nicht länger definieren und es stellt sich statt dessen die Frage, wie dieses Defizit zu beheben ist.

#### Depression und der politische Wille

Auf der Input-Seite der Politik scheint das Problem der Depression, bestehend in einem fehlenden politischen Willen, empirisch durchaus auf breiterer Ebene wiederzufinden zu sein. Das vielbeklagte Phänomen der ‚Politikverdrossenheit‘ könnte hierfür ein Ansatzpunkt sein. Politikverdrossenheit wäre dabei als Depression an der Politik zu verstehen, als ein Leiden an deren Unfähigkeit, den Ansprüchen an Handlung und Initiative gerecht zu werden und eine befriedigende ‚Politik aus einem Guss‘ zu produzieren. Voraussetzung für die Depression an der Politik ist das, was Greven als ‚Fundamentalpolitisierung‘ beschreibt (Greven 1999). Erst unter den Bedingungen, die die Politik zur ‚funktional einzigen Quelle‘ von Normsetzung machen (Greven 2000: 53), kann der Anspruch an die Politik auf die

Weise frustriert werden wie der Anspruch an das Selbst – als den einzig verbindlichen Normsetzer auf intrapersonaler Ebene – frustriert wird und in die Depression führt. Der Ausweg aus der politischen Depression kann jedoch ebenso wenig in einer besseren Politik oder besseren Politikern bestehen wie der Ausweg aus der persönlichen Depression in einem besseren Selbst bestehen kann.

Ehrenberg zufolge spiegelt die Dekonfliktualisierung des Individuums, die den Übergang von der Neurose zur Depression kennzeichnet, einen Verlust des Konflikts in der Gesellschaft wider, die nicht mehr durch Gruppen- und Klassengegensätze, sondern durch individuelle Konkurrenz innerhalb der eigenen Gruppe gekennzeichnet ist (2004: 267). Auch wenn er darauf verzichtet, explizit einen möglichen Ausweg aufzuzeigen, sieht Ehrenberg diesen ganz offenbar in einer Rückkehr zum Konfliktbewusstsein der Psychoanalyse: „die Heilung ist ein Kompromiß“ (ebd.: 243). Greven kritisiert in ähnlicher Weise eine gerade in deliberativen Theorien unterschwellig vorhandene Ideologie, welche gesellschaftliche Interessengegensätze in Informationsdefizite umdefiniert und deren Überwindung in der Auffindung einer richtigen oder rationalen Lösung verortet. Das Projekt Ehrenbergs weiterzuerfolgen würde nun darin liegen, den Blick auf die Vielfalt und Widersprüchlichkeit nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der einzelnen Person selbst zu richten. Hierzu müsste man das (keineswegs pathologische) *multiple self* in den Mittelpunkt stellen, das sich mit widersprüchlichen und konfligierenden Handlungsmotiven konfrontiert sieht (Elster 1986).

Jeder Mensch verfügt über eine Vielzahl von Handlungsgründen, die auf eigenen und fremden Interessen oder auf moralischen, politischen und pragmatischen Überzeugungen beruhen. Einem dieser Handlungsgründe gerecht zu werden bedeutet in der Praxis regelmäßig, in Bezug auf andere Handlungsgründe Abstriche zu machen oder ihnen sogar zuwider-

zu handeln. Dem nicht-fusionistischen Selbst bietet sich keine nicht willkürlich gewählte Aggregationregel für seine Handlungsgründe, die in jeder konkreten Entscheidungssituation eine vollständige Präferenzordnung generieren würde (Steedman/Krause 1986). Für den konflikthafte Akteur muss die Aggregation von Handlungsgründen daher *kreativ* werden: der Wille kann nicht aus den ihm zugrunde liegenden Gründen allein abgeleitet werden, sondern erfordert ihre durchaus kontingente Gewichtung. Die kreative Entscheidung ist jedoch keinesfalls eine willkürliche, denn sie beruht auf individuell anerkannten Gründen und steht in einer sinnvollen, wenn auch nicht notwendig determinierten, Beziehung zum eigenen Nutzen. Sie ist gerade deshalb notwendig, weil von Handlungsgründen und Überzeugungen keine Handlung als *zwangsläufig* abgeleitet werden kann. Die willkürlich-zufällige Entscheidung dagegen, das Handeln, nur um ein Handelnder zu sein, gibt diesen Bezug auf Handlungsgründe und Nutzen vollständig auf. Anders als etwa spontanes Handeln, bei dem ein Nutzenbezug zwar besteht, aber nicht reflektiert wird, kann derartige „blinder Aktivismus“ insofern nicht auf einem autonomen Willen beruhen.

#### Demokratie als Ausweg aus der Depression?

Wenn nun aber, wie Ehrenberg annimmt, die Depression die Krankheit gerade des demokratischen Menschen ist, stellt sich die Frage, ob es nicht gerade die Notwendigkeit einer rationalen und kreativen Aggregation von Handlungsgründen in modernen demokratischen Gesellschaft ist, welche diese unmöglich macht und damit letztlich zu einer Erosion der Funktionsbedingungen der Demokratie führt. Eine optimistische Antwort auf diese Frage könnte in der Aussage John Deweys liegen, dass „die Kur für die Leiden der Demokratie mehr Demokratie“ ist (Dewey 1996: 127). Voraussetzung hierfür wäre es, Demokratie

nicht allein als äußeren institutionellen Rahmen, sondern als Möglichkeit intra- und interpersonaler Konfliktbewältigung zu begreifen. Dabei sollten es weniger die Institutionen der Freiheit sein, die Anforderungen an das Selbst stellen als umgekehrt das Selbst, das Anforderungen an demokratische Institutionen stellt: [D]emocracy is a personal way of individual life; [...] it signifies the possession and continual use of certain attitudes, forming personal character and determining desire and purpose in all the relations of life. Instead of thinking of our own dispositions and habits as accommodated to certain institutions we have to learn to think of the latter as expressions, projections and extensions of habitually dominant personal attitudes (Dewey 1988, vol. 14: 226).

Gerade im Bereich der politischen Entscheidung kann die begründete und zugleich kreative Entscheidung und Willensbildung durch den diskursiven Austausch von Gründen unter Umständen erst ermöglicht werden. Während der interne Versuch einer vollständigen Begründung in den Regress führen muss, wird auf der interpersonalen Ebene der Begründungsdruck zum Rechtfertigungsdruck. Wo für die vollständige Begründung einer Entscheidung hinreichende Gründe erforderlich wären, reichen zur Rechtfertigung notwendige Gründe aus. Für die Rationalität einer Entscheidung ist in diesem Sinne der Verweis auf notwendige Gründe erforderlich, für die Entscheidung selbst hingegen in aller Regel Kreativität.

Wenn Handlungsgründe nun nicht allein intern, sondern auch sozial vertreten und identifiziert werden, so kann dies Kompromisse ermöglichen, die intra-personal schwierig oder unmöglich sind. Moralische Gründe etwa scheinen aufgrund ihrer kategorischen Logik keine Einschränkungen in ihrer Geltung und Umsetzung zu erlauben, auch wenn sie anderen, ebenfalls akzeptierten moralischen Gründen entgegenstehen. Die einzige Möglichkeit scheint hier darin zu bestehen, „Prioritäten zu setzen“ und einen fundamentalen Wert gegenüber dem anderen zurückzustellen. Werden

Werte hingegen von Personen vertreten, können sie die kardinale Logik von Interessen annehmen und so im Einzelfall Kompromisse in Form einer Güterabwägung ermöglichen. Kommunikative Interaktion kann somit eine sowohl gerechtfertigte als auch kreative Willensbildung zugleich auf der individuellen und auf der kollektiven Ebene ermöglichen. Indem er Konflikte bewusst macht und Kompromisse ermöglicht, stellt der politische Diskurs in diesem Sinne nicht nur eine Methode der Entscheidungsvorbereitung, sondern auch der individuellen *und* kollektiven Entscheidung selbst dar. Auch wenn die Mehrheitsentscheidung durch Kommunikation nicht zu ersetzen ist, stellt eine diskursiv erzielte Grundentscheidung („worum geht es eigentlich?“) eine Bedingung für die sinnvolle Aggregation individueller Präferenzen dar. Ohne eine politische Willensbildung, die immer interaktiv ist, gibt es schlichtweg keinen Input für die Aggregationsfunktion (Dryzek/List 2003). Auch in Anbetracht der Tatsache, dass empirische Diskurse immer Elemente der Verzerrung und Ungleichheit aufweisen (Sanders 1997; Young 2003), scheint eine Stärkung der politischen Kommunikation daher den einzigen Ausweg aus der politischen Depression darzustellen.

#### Aktivierung und individueller Nutzen

Auf der Output-Seite der Politik, das heißt dort, wo es um individuelle und kollektive Wohlfahrt geht, stellt sich das Problem der Depression empirisch in offensichtlichster Weise in Person der sozial Benachteiligten und Exkludierten dar. Zum einen scheint deren augenscheinliche Form, besonders wenn man den Alkoholismus, wie Ehrenberg und die moderne Psychiatrie es tun, als maskierte Depression versteht, in diesen Gruppen überproportional stark verbreitet. Der fehlende Nutzen ist jedoch nicht allein ein subjektives Problem, sondern hat durchaus eine objektive Komponente: zahlreiche politische Entscheidungen, ob in der Wirtschafts-, Bildungs- oder Kultur-

politik haben auf die Lebenswirklichkeit solcher Gruppen schlichtweg kaum noch Auswirkungen. Dabei ist offenbar die Wahrnehmung weit verbreitet, dass in diesen Fällen eine paternalistische Umsteuerung des Willens auch den Nutzen wiederherstellen würde. Ob das Leiden tatsächlich ein depressives ist, also aus der Unfähigkeit, Freude zu empfinden resultiert, oder ein Leiden an konkreten Lebensumständen ist, verliert dann an Bedeutung. Stattdessen wird es in einer Gesellschaft, in der zumindest elementare Grundbedürfnisse als befriedigt vorausgesetzt werden können, im Rahmen der Defizit-Theorie als Mangel an Energie und Initiative bzw. Autonomie gedeutet. Dies rechtfertigt eine ‚aktivierende‘ Politik, die sozial Benachteiligte aus einem Gefängnis von Passivität und Antriebslosigkeit befreien soll. Der Paternalismus, den eine Aktivierung von außen darstellt, wird dadurch gerechtfertigt, dass er zu einer Steigerung individueller Autonomie und Vergrößerung von Handlungsspielräumen führe. Eine rein ökonomistische Sichtweise hat dabei in erster Linie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Auge. Auch die Alternative einer eher humanistischen Selbstverbesserung, der es darum geht, individuelle Potentiale auszuleben und zu vergrößern, stellt letztlich nur eine Abwandlung derselben Normativität dar. In beiden Fällen liegt das Ziel darin, instrumentelle Güter oder Kapazitäten zu maximieren, ohne dass die Frage, wofür diese eigentlich instrumentell sein sollen, aufkommen darf. Zwar ist es fraglos möglich, dass die ‚Selbstverwirklichung‘ selbst zur Quelle von Freude und Handlungsfähigkeit wird. Der ständige Konsumaufschub und Konsumverzicht, der viele der Handlungsfähigen und Funktionierenden kennzeichnet, kann die Depression aber ebenso gut auf ähnliche Weise verschleiern wie der Alkoholismus. Das von einem gewissen Ekel geprägte Entsetzen, mit dem auf den arbeitslosen Alkoholiker vor dem Fernseher hinabgeschaut wird, ist dabei durchaus auch als ein Ausdruck von Neid auf eine

„unverdiente Gnade“, die dieser erfährt, zu verstehen (vgl. Ehrenberg 2004: 265). Der vermeintliche Zweck, also der ‚Output‘ des wiedererlangten Nutzens, rechtfertigt das Mittel, die unfreiwillige Aktivierung, dabei nicht.<sup>3</sup> Wer versucht, den Willen von außen zu füllen oder umzuleiten, missachtet den Willen des Individuums selbst dann, wenn dieser aktuell scheinbar nicht vorhanden ist. Auch dann, wenn es auf Maximierung des individuellen Handlungs- und Entscheidungsspielraums zielt, bleibt das Ausfüllen des Willens von außen, die Implantation einer Nutzenfunktion, illegitime Herrschaftsausübung.<sup>4</sup>

„Diese Geschichte ist am Ende sehr einfach. Die Emanzipation hat uns vielleicht von den Dramen der Schuld und des Gehorsams befreit, sie hat uns aber ganz sicher diejenigen der Verantwortung und des Handelns gebracht“, schließt Ehrenberg (2004: 273). Die Depression als Krankheit des demokratischen Menschen und als Gefahr für die Demokratie selbst sind ein Aspekt dieser neuen Dramen. Es scheint daher wichtig, die Depression auch in der Demokratietheorie als Grundmoment menschlichen Daseins anzuerkennen. Die Tatsache, dass dem Menschen, und auch dem Bürger, unter Umständen der Wille oder auch der Nutzen fehlt, stellt theoretisch wie empirisch eine Herausforderung dar. Auf beiden Ebenen könnte eine verstärkte Wertschätzung von Konflikt und Kompromiss, von Kommunikation und Kreativität, ein Weg sein, mit ihr umzugehen.

- 1 Womit keineswegs behauptet ist, dass es den oben genannten Gruppen generell an Verstand fehlt. Dessen *vermeintliches* Fehlen, die Unfähigkeit zur angemessenen Repräsentation der Umwelt, bleibt aber das Einzige, was ihre Bevormundung rechtfertigt.
- 2 Bei Ehrenberg selbst bleibt etwas unklar, ob es ihm eigentlich darum geht, dass immer mehr psychische Zustände *als* Depression klassifiziert und diagnostiziert werden (statt als Neurose) oder darum, dass tatsächlich immer mehr Menschen unter Symptomen leiden, die der Depression zugeordnet wer-

den. Letztlich scheint er doch beide Thesen zu vertreten und in Individualisierung und Emanzipation eine gemeinsame Ursache auszumachen.

- 3 Inwieweit das Ziel aktivierender Sozialpolitik der Nutzen der Betroffenen ist, ist ohnehin fraglich. Offensichtlich dient dieser aber immer wieder zu ihrer Rechtfertigung.
- 4 Bei der politischen Willensbildung im Diskurs wird der Wille natürlich auch von außen beeinflusst. Der Wille sollte keineswegs, wie es bei ökonomischen Theoretikern gelegentlich geschieht, als heilig und unantastbar gelten. Seine Transformation sollte aber bewusst und freiwillig durch Anerkennung von Handlungsgründen oder Argumenten geschehen.

#### Literatur

- Dewey, John 1988: *The Later Works*; Hg. J.A. Boydston, Carbondale
- Dewey, John 1996 [1927]: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, Bodenheim
- Dryzek, John/List, Christian 2003: *Social Choice and Deliberative Democracy: A Reconciliation*; in: *British Journal of Political Science*, Jg. 33, H. 1, S. 1-28
- Ehrenberg, Alain 2004: *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*, Frankfurt/Main
- Elster, Jon (Hg.) 1986: *The Multiple Self*, Cambridge
- Estlund, David 1990: *Democracy Without Preference*; in: *The Philosophical Review*, Jg. 99, H. 3, S. 376-424
- Greven, Michael Th. 1999: *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezsision als Probleme des Regierens in der Demokratie*, Opladen
- Lindenberg, Siegwart M./Bruno S. Frey 1993: *Alternatives, Frames, and Relative Prices*; in: *Acta Sociologica*, Jg. 36, S. 191-205
- Sanders, Lynn M. 1997: *Against Deliberation*; in: *Political Theory*, Jg. 25, H. 3, S. 347-376
- Steedman, Ian/Krause, Ulrich 1986: *Goethe's Faust and Arrow's Possibility Theorem*; in: Elster, Jon (Hg.): *The Multiple Self*, Cambridge, S. 179-231
- Young, Iris Marion 2001: *Activist Challenges to Deliberative Democracy*; in: *Political Theory*, Jg. 29, H. 5, S. 670-690

# vorgänge 170

Zeitschrift für Bürgerrechte  
und Gesellschaftspolitik

44. Jahrgang, Juni 2005, Heft 2

Die *vorgänge* werden herausgegeben vom Vorgänge e.V. in Zusammenarbeit mit der Gustav Heinemann-Initiative und der Humanistischen Union. Die *vorgänge* werden unterstützt von Prof. Dr. Ute Gerhardt, Prof. Dr. Ingrid Breckner, Dr. Dieter Wunder und Gerd Muschner.

**Redaktion:** Thymian Bussemer, Alexander Cammann, Ulrich Finckh, Michael Th. Greven, Anton-Andreas Guha, Carsten Krebs, Sieghart Ott †, Danyel Reiche, Jutta Roitsch-Wittkowsky, Jürgen Seifert †

**Verantwortlicher Redakteur:** Alexander Cammann, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Telefon: 030/34351900, Fax: 030/20450257,

e-mail: CammannA@geschichte.hu-berlin.de Internet: <http://vorgaenge.humanistische-union.de>

VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage, Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden

*Geschäftsführer:* Andreas Kösters, Albrecht F. Schirmacher

*Verlagsleitung:* Dr. Heinz Weinheimer

*Gesamtleitung Anzeigen:* Thomas Werner

*Gesamtleitung Produktion:* Bernhard Laquai

*Gesamtleitung Vertrieb:* Gabriel Göttinger

**Abonnementbetreuung:** Ursula Müller; Telefon: (0 52 41) 80 19 65; Telefax: (0 52 41) 80 96 20

E-Mail: [Ursula.Mueller@Bertelsmann.de](mailto:Ursula.Mueller@Bertelsmann.de)

**Marketing:** Ronald Schmidt-Serrière M.A.; Telefon: (06 11) 78 78-280; Telefax: (06 11) 78 78-439

E-Mail: [Ronald.Schmidt-Serriere@vs-verlag.de](mailto:Ronald.Schmidt-Serriere@vs-verlag.de)

**Anzeigenleitung:** Christian Kannenberg; Telefon: (06 11) 78 78-369; Telefax: (06 11) 78 78-430

E-Mail: [Christian.Kannenberg@gwv-fachverlage.de](mailto:Christian.Kannenberg@gwv-fachverlage.de)

**Anzeigendisposition:** Monika Dannenberg; Telefon: (06 11) 78 78-148; Telefax: (06 11) 78 78-443

E-Mail: [Monika.Dannenberg@gwv-fachverlage.de](mailto:Monika.Dannenberg@gwv-fachverlage.de)

**Produktion/Layout:** Frieder Kumm; Telefon: (06 11) 78 78-175; Telefax: (06 11) 78 78-468

E-Mail: [frieder.kumm@gwv-fachverlage.de](mailto:frieder.kumm@gwv-fachverlage.de)

© VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage, Wiesbaden 2004

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

**Bezugsmöglichkeiten:** Die Zeitschrift *vorgänge* erscheint vierteljährlich.

Im Abonnement kostet die Zeitschrift jährlich € 40,-, für Studenten, Referendare, Arbeitslose und Wehr- und Zivildienstleistende € 28,-, das Einzelheft € 12,-. Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Die Bezugspreise enthalten die gültige Mehrwertsteuer. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

Zuschriften, die den Vertrieb oder Anzeigen betreffen, bitte nur an den Verlag.

Sollte beim Postversand infolge unsachgemäßer Behandlung der Sendung durch die Deutsche Post AG ausnahmsweise ein Exemplar der Zeitschrift beschädigt werden, bitten wir um Einsendung an die Verlagsanschrift. Es wird kostenlos ersetzt.

**Druck und Verarbeitung:** Mercedes Druck, Berlin

**Inhalte:** Seit 1961 analysieren die *vorgänge* gesellschaftliche und politische Prozesse aus sozialwissenschaftlicher und kulturkritischer Perspektive. Nicht nur das akademische Fachpublikum, sondern auch ein größerer Leserkreis außerhalb der spezialisierten Disziplinen soll in einen nachhaltigen Diskurs über drängende Probleme der Zeit eingebunden werden. Das Zentrum jeder Ausgabe ist ein thematischer Schwerpunkt: Mehrere Beiträge analysieren das jeweilige Titelthema des Heftes aus verschiedenen Blickwinkeln. Daneben reagieren Kommentare und Kolumnen auf aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung ihrer Verfasser wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Printed in Germany  
ISSN: 0507-4150

Das nächste Themenheft:  
Die Zukunft der Linken

**VS VERLAG  
FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**